

VIII. Parteitages haben sich auch die sozialistischen Arbeitsprinzipien in der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen weiter ausgeprägt. Grundlegende Beschlüsse sind inhaltsreicher, konkreter, abrechenbarer und für die Bürger überschaubarer geworden. Damit sind bessere Voraussetzungen für die Arbeit der Abgeordneten in den ständigen Kommissionen, in ihren Betrieben und in den Wohngebieten geschaffen worden. Doch am wichtigsten ist die damit erfolgende noch engere Einbeziehung und das unmittelbare Mitwirken der Bevölkerung an allen bedeutenden Entscheidungen.

Sozialistische Volksvertretungen, darunter verstehen wir

- Volksvertretungen, die die Durchführung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe zum ständigen Leitfaden ihres Handelns machen;
- Volksvertretungen, die den Lebensbedingungen und Lebensfragen ihrer Bürger gegenüber stets aufgeschlossen sind, kühn nach Lösungen zur Überwindung von Schwierigkeiten suchen und es verstehen, die Gemeinschaftsarbeit aller Kräfte zu organisieren;
- Volksvertretungen, die zum Wohle der Menschen eng mit den volkseigenen Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und anderen Einrichtungen ihres Territoriums zusammenarbeiten;
- Volksvertretungen, die sich in ihrer Tätigkeit nicht allein auf die Vorbereitung, sondern in besonderem Maße auf die Durchführung und die Kontrolle der gefaßten Beschlüsse konzentrieren;
- Volksvertretungen, denen der ständige Kontakt mit den Wählern oberste Maxime des Handelns und Grundlage für ein erfolgreiches Wirken ist.

#### **Leistungsvergleiche zur Erhöhung der Qualität der staatlichen Arbeit**

Die Qualität der staatlichen Arbeit hängt wesentlich davon ab, wie wir es verstehen, überall die besten Erfahrungen anzuwenden. Es ist klar, daß Anstrengungen bei der Umsetzung von Aufgaben nicht immer und überall kurzfristig zu hohen Ergebnissen führen. Manche Probleme benötigen eine längere Zeit bis zu ihrer Lösung. Nicht im Sinne des VIII. Parteitages ist es jedoch, wenn neben sehr guten Beispielen staatlicher Arbeit oft in unmittelbarer Nachbarschaft Zurückgebliebenheit anzutreffen ist, obwohl objektiv gleiche Voraussetzungen bestehen. Kein übergeordnetes staatliches Organ kann diesen Zustand dadurch verändern, daß es ausschließlich mit Appellen versucht, Vorbildliches zu übertragen. Hier muß sowohl mit staatlichen Entscheidungen als auch mit dem Leistungsvergleich gearbeitet werden.

Interessant sind Erfahrungen aus dem Bezirk Rostock, wo seit einigen Jahren diese Methode mit gutem Erfolg angewendet wird. Im Ostseebezirk vergleichen u. a. die vier großen Städte Rostock, Wismar, Stralsund und Greifswald, verschiedene Kreistädte, neuerdings auch Gemeindeverbände ihre Leistungen. Zum Leistungsvergleich gehört untrennbar der Erfahrungsaustausch. Nicht so sehr die Punktbewertung ist das Entscheidende. Im Mittelpunkt steht das Nutzbarmachen der besten Erfahrungen für alle mit dem Ziel, oft völlig ungerechtfertigte Unterschiede in der Lösung der Planaufgaben, im Niveau der Leitung, der politischen Massenarbeit, des Kontakts zu den Bürgern rasch zu überwinden.

Die Räte dürfen die Organisation von Leistungsvergleichen nicht länger dem Selbstlauf oder allein nur der Initiative einzelner Bürgermeister oder Ausschüsse der Nationalen Front überlassen. Die Tagungen der Volksvertretungen zur Beschlußfassung des Planes für 1974 und die Erarbeitung der Programme für den Mach- mit-Wettbewerb können dafür ein Ausgangspunkt sein.

#### **Die Stellung der Abgeordneten stärken**

Besonders seit der Veröffentlichung des Entwurfs des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe sind viele wertvolle Erfahrungen in der politischen Massenarbeit der Abgeordneten gesammelt worden. Neue Ideen zur effektiven Zusammenarbeit mit den Bürgern wurden entwickelt und mit guten Ergebnissen in die Tat umgesetzt.

Zu diesen Erfahrungen gehört auch die keineswegs neue Erkenntnis, daß ungelöste Probleme, fehlende Verantwortung zur Entscheidung und fehlerhafte Arbeit politischen Schaden anrichten. Deshalb müssen wir immer große Anstrengungen unternehmen, um solche Fehler radikal auszumerzen.

Ein dringendes Anliegen ist es, die Rolle der in der Produktion tätigen Abgeordneten und ihr Auftreten in den Betriebskollektiven zu verstärken. Das ist gleichbedeutend mit einem erweiterten Einfluß der Arbeiterklasse auf die staatliche Leitungstätigkeit. Es gibt eine Reihe ausgezeichnete Beispiele dafür, wie durch eine enge Zusammenarbeit der Parteileitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und des Betriebsleiters mit den im Betrieb tätigen Abgeordneten das zu bewerkstelligen ist. So sind im Mineralölwerk Lützkendorf ganz exakte Maßnahmen festgelegt worden, um den Abgeordneten die für die Ausübung ihrer Funktion notwendige Unterstützung zu geben. Auch in zahlreichen anderen Betrieben hat sich auf Initiative der Parteiorganisationen ein Verhältnis echter kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Parteileitung, BGL, Betriebsleitung und Volksvertretern entwickelt. Die Abgeordneten werden dort regelmäßig über die Entwicklung des Werkgeschehens und über heranreifende Fragen der Perspektive des Betriebes und des Territoriums informiert. Man berät mit ihnen gemeinsam Probleme der Arbeits- und Lebensbedingungen. Beim Abschluß von Kommunalverträgen und anderen Vereinbarungen mit örtlichen Volksvertretungen wird ihre Meinung gehört, so daß sie ständig in der Lage sind, alle jene betrieblichen Probleme in die Arbeit ihrer Volksvertretung hineinzutragen, die von dort beeinflußt werden können. Andererseits informieren die Abgeordneten ihre Werk-, Partei- und Gewerkschaftsleitung über kommunale Fragen, die auch für die Entwicklung des Betriebes von Interesse sind und die mit höherem Ergebnis gemeinsam gelöst werden können. Eine solche Praxis ist heute schon bedeutend weiter verbreitet als vor einem Jahr.

#### **Enge Verbindungen zwischen Bürgern, staatlichen Organen und Volksvertretungen**

Ein weiteres Problem — vor allem in Großstädten mit Stadtbezirken — besteht darin, daß die Verbindung zwischen Bürgern, staatlichen Organen und Abgeordneten häufig sehr locker ist. Überall wird darüber nachgedacht, wie man das verändern kann. In Leipzig wurde ein interessanter Lösungsweg beschritten. Es wurden Wahlkreisaktive geschaffen, also ehrenamtliche Organe zur Koordinierung und Aktivierung der politischen Massenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte im Wahlkreis durch die Staatsmacht unter Führung der Partei. Dem Wahlkreisaktiv gehören an:

- die Abgeordneten des Bezirkstages, der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtbezirksversammlung des Wahlkreises,
- die Vorsitzenden der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front und das für diesen Wahlkreis verantwortliche Mitglied des Sekretariats des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front,
- der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei, Ver-